



JUGEND, BILDUNG, KULTUR & VEREINE

Kinderfreundliche Kommune

Aktionsplan der Stadt Maintal
2021-2024



Impressum:

Magistrat der Stadt Maintal

Fachdienst Kinder- und familienfreundliche Kommune

Klosterhofstraße 4-6

63477 Maintal

kinderfreundliche.kommune@maintal.de

www.maintal.de/kfk

Stand: 01/2022

INHALTSVERZEICHNIS

1.	Vorwort	1
2.	Einführung	2
3.	Ausgangslage in Maintal	4
2.1	Lage, Bevölkerung und soziale Infrastruktur	4
2.2	Vorrang des Kindeswohls	5
2.3	Kinderfreundliche Rahmenbedingungen	8
2.4	Beteiligung und Partizipation von Kindern und Jugendlichen	9
2.5	Recht auf Information und Monitoring	10
3.	Ziele und Maßnahmen	12
3.1	Vorrang des Kindeswohls	12
3.2	Kinderfreundliche Rahmenbedingungen	19
3.3	Beteiligung und Partizipation von Kindern und Jugendlichen	21
3.4	Recht auf Information und Monitoring	23
4.	Anhang	26
4.1	Steuerungsgruppe	26
4.2	Beirat Kinderfreundliche Stadt Maintal	26
4.3	Kinderbeauftragte*r	27
4.4	Kinder- und Jugendbüro	28
4.5	Finanzierung der genannten Maßnahmen	28

VORWORT

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kinder und Jugendliche in Maintal,

die Stadt Maintal hat in ihren städtischen Gremien im Februar 2019 entschieden an dem Programm Kinderfreundliche Kommune des gleichnamigen Vereins teilzunehmen.

In dem Programm geht es darum, die UN-Kinderrechtskonvention auf kommunaler Ebene umzusetzen. Konkret bedeutet dies, dass bei kommunalen Entscheidungen die besonderen Interessen und Belange von Kindern und Jugendlichen berücksichtigt, dass die Rahmenbedingungen für die jungen Einwohner Maintals weiter verbessert und – und dies ist ganz entscheidend – sie selbst bei diesen Entwicklungen mit ihren Vorstellungen einbezogen werden.

Maintal hat in Sachen Kinder- und Jugendfreundlichkeit sicherlich schon einiges vorzuweisen. Das Siegel Kinderfreundliche Kommune ist jedoch noch mal ein Ansporn, hier mehr zu tun. Der Aktionsplan wurde innerhalb der Verwaltung unter Beteiligung von vielen, ganz unterschiedlichen Fachabteilungen erarbeitet. Im anschließenden politischen Prozess wurden dann die Anregungen des Beirats Kinderfreundliches Maintal aufgenommen sowie die Ergänzungswünsche der politischen Gremien.

Die Gespräche und Diskussionen über zwei Jahre in Verwaltung und Politik waren geprägt von hohem Engagement. Über zwei Wahlperioden hinweg und teilweise neuen Gesichtern wurde der Aktionsplan im Dezember 2021 beschlossen.

Dafür gebührt allen Beteiligten mein herzlicher Dank.

Mit der Verleihung des Siegels Kinderfreundliche Kommune im Januar 2022 wurde schließlich der Startschuss gegeben, die im Aktionsplan beschriebenen Ziele und Maßnahmen umzusetzen. Gefordert sind die hier bereits genannten Akteure aus Verwaltung und der Kommunalpolitik.

Nicht von oben herab übergestülpt, wird der Aktionsplan wesentlich leben durch die Beteiligung derer, für die er gemacht ist: den Kindern und Jugendlichen.

Ich habe großes Vertrauen sowohl in die Gremien als auch die beteiligten Fachdienste, dass die drei Jahre bis zur Validierung der Siegelverleihung geprägt sind von großem Engagement in der gemeinsamen Sache: Maintal als Kinder- und Jugendfreundliche Kommune auszubauen.

Dafür wünsche ich viele Erfolg und Engagement in der Umsetzung.

Ihr

Karl-Heinz Kaiser
Erster Stadtrat der Stadt Maintal



EINFÜHRUNG

Die „Kinderfreundlichen Kommunen“ sind eine gemeinsame Initiative des Deutschen Komitees für UNICEF e.V. und des Deutschen Kinderhilfswerks e.V., das sich an den Leitlinien der internationalen Child Friendly Cities Initiative (CFCI) orientiert.

Die CFCI setzt sich seit 1996 international dafür ein, Kommunen kinderfreundlicher zu gestalten und die UN-Konvention über die Rechte des Kindes (UN-Kinderrechtskonvention, UN-KRK) auf lokaler Ebene umzusetzen.

Die UN-Kinderrechtskonvention wurde am 20.11.1989 von der UN-Vollversammlung verabschiedet und 1992 von der Bundesrepublik Deutschland zunächst mit Einschränkungen, inzwischen vollständig unterzeichnet. Obwohl sie damit in vollem Umfang gültig ist, ist sie im Alltag noch sehr unvollständig umgesetzt. 2018 wurde sie zum Bestandteil der hessischen Verfassung. Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in den sie betreffenden Angelegenheiten ist in einer ganzen Reihe von weiteren Gesetzen festgeschrieben, unter anderem in der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) [§ 4c HGO – Beteiligung von Kindern und Jugendlichen].



Hier ist das Kinderrecht auf Beteiligung von Kindern und Jugendlichen u.a. festgeschrieben:

- UN-Behindertenrechtskonvention (insb. Präambel, Art. 3h, 7, 8, 21, 24, 29)
- Charta der Grundrechte der EU (insb. Art. 24)
- Bürgerliches Gesetzbuch (insb. § 1, Buch 4 Titel 5 Elterliche Sorge, Titel 6 Beistandschaft)
- Sozialgesetzbuch – Achstes Buch (SGB VIII) / Kinder- und Jugendhilfegesetz
- Bundeskinderschutzgesetz
- Baugesetzbuch, insb. § 1, 3, 137
- Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz (AGG) und

Daraus ergibt sich ein Handlungsauftrag für Kommunen.

Die Umsetzung gerade auch des Rechts auf Beteiligung ist aber nicht nur formaljuristisch, sondern auch im Sinne einer lebendigen demokratischen Gesellschaft wichtig:

Kinder und Jugendliche machen durch Mitbestimmung und Mitwirkung die Erfahrung, dass Einmischung im demokratischen System und in Angelegenheiten aus der eigenen Lebensumwelt wichtig ist und etwas bewirken kann. Sie erfahren so eine Selbstwirksamkeit, die zur Identifikation mit der Institution oder Kommune beiträgt und Demokratieorientierung stärkt. Partizipation ist ein wichtiger Schlüssel für Aneignungs- und Lernprozesse, fördert Selbständigkeit und Verantwortungsübernahme und trägt zu einer demokratischen Persönlichkeitsentwicklung bei.

Nicht nur die Heranwachsenden profitieren von Partizipation, sondern auch die Kommunen selbst. Indem sie Kinder und Jugendliche als Expert*innen in eigenen Angelegenheiten ernst nehmen und in Planungsprozessen und bei Entscheidungen einbeziehen, verbessern sie ihre Infrastruktur und ihre Angebote für Kinder und Familien. (Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2015). Qualitätsstandards für Beteiligung von Kindern und Jugendlichen.)

Das Programm „Kinderfreundliche Kommunen“ wird in Deutschland von dem gleichnamigen Verein Kinderfreundliche Kommunen e.V. mit Sitz in Berlin unterstützt und begleitet. Ziel ist die Umsetzung der Kinderrechte in kommunales Verwaltungshandeln.



Vertragsunterzeichnung im September 2019:
Bürgermeisterin Monika Böttcher, Heidrun
Barnikol-Veit, Andrea Flory (v.l.n.r.),
Foto: Stadt Maintal, Nicole Bilz

Im Mittelpunkt stehen dabei die vorrangige Berücksichtigung des Kindeswohls bei Entscheidungen, die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Kinder und Jugendliche, ihre Partizipation sowie ihr Recht auf Information. Aus diesen vier Themenbereichen erarbeitet die Kommune einen Aktionsplan, auf dessen Basis dann das Siegel „Kinderfreundliche Kommune“ vergeben wird.

Die Stadt Maintal ist auf Initiative des Magistrats und mit Beschlussfassung durch die Stadtverordnetenversammlung am 19.12.2018 in das Programm gestartet. Im September 2019 wurde der Vertrag von Bürgermeisterin Monika Böttcher und Frau Andrea Flory, der Stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden von Kinderfreundliche Kommunen e.V., unterzeichnet.

Anschließend erfolgte eine Standortbestimmung auf Basis eines umfangreichen Verwaltungsfragebogens sowie einer Befragung von Kindern. Dazu wurden rund 170 Kinder im Alter von neun bis zwölf Jahren aus allen Stadtteilen in den Schulen und Jugendzentren befragt. Innerhalb der Stadtverwaltung wurde zudem eine Steuerungsgruppe gebildet, die aus Mitarbeiter*innen verschiedener Fachdienste besteht.

Aus der Auswertung des Verwaltungsfragebogens und der Kinderbefragung sowie eines gemeinsamen Workshops mit Verein, Expert*innen und Steuerungsgruppe wurde von Kinderfreundliche Kommunen e.V. ein Auswertungsbericht mit Empfehlungen erstellt.

Der vorliegende Aktionsplan greift diese Empfehlungen auf. Er wurde gemeinsam von den Fachabteilungen Kinder- und Familienfreundliche Kommune und Jugendarbeit erstellt, mit den Sachverständigen des Vereins diskutiert und über die Steuerungsgruppe verwaltungsintern abgestimmt. Im September 2020 erfolgte die Vorstellung des Entwurfs im Beirat kinderfreundliches Maintal, dessen Anregungen ebenfalls berücksichtigt wurden.

Mit der für September 2021 vorgesehenen Beschlussfassung durch die Stadtverordnetenversammlung kann die Siegelvergabe durch den Verein erfolgen. Der Aktionsplan hat eine Laufzeit von drei Jahren, eine Verlängerung mit einem darauf aufbauenden Aktionsplan um weitere drei Jahre ist möglich.

AUSGANGSLAGE IN MAINTAL

Lage, Bevölkerung und soziale Infrastruktur

Maintal liegt zwischen Frankfurt im Westen, Hanau im Osten, mit dem Main als südliche Grenze und den Streuobstwiesen als Übergang zur Wetterau im Norden. Die vier Stadtteile Dörnigheim, Bischofsheim, Hochstadt und Wachenbuchen muten trotz der Lage mitten im Ballungsraum Rhein-Main eher kleinstädtisch-ländlich an, auch wenn es in den beiden großen Stadtteilen Dörnigheim und Bischofsheim Quartiere mit Hochhäusern aus den 1970er Jahren gibt, die dieser Anmutung widersprechen. In diesen Quartieren ist der Anteil von Familien in schwierigen sozioökonomischen Verhältnissen recht hoch.



Foto: Stadt Maintal, Lisa Hagedorn

Maintal ist eine wachsende Stadt, in der neue Wohngebiete überwiegend in Form von Einfamilienhäusern entstehen. Von den insgesamt knapp 41.500 Einwohner*innen sind rund 7.000 unter 18 Jahre alt. Das entspricht einem Anteil von 17%.¹ Mit 46% hat fast die Hälfte der Einwohner*innen einen Migrationshintergrund.² Unter den rund 25% Mitbürger*innen mit ausländischer Staatsangehörigkeit gibt es keine besondere Mehrheitsgruppe, es gibt vielmehr eine große Vielfalt an Herkunftsländern. Der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund ist noch höher: so haben beispielsweise nur 31% der Kinder, die an der Befragung im Rahmen der Standortbestimmung teilgenommen haben, angegeben, dass entweder sie oder beide Elternteile in Deutschland geboren sind. Bei den anderen 69% war zumindest ein Elternteil in einem anderen Land geboren.

Maintal hat aktuell neben einer gut aufgestellten Kindertagespflege 21 Kindertagesstätten, von denen drei als Familienzentren ausgebaut sind. Mit 13 Einrichtungen sind die Mehrzahl der Kindertagesstätten in städtischer Trägerschaft – mit perspektivisch wachsender Tendenz. Nachmittagsbetreuung für Schulkinder gibt es an einigen Kitas und in den letzten Jahren zunehmend an den Grundschulen, wobei hier der Ausbau weiter voranschreiten muss. Hier hat die Stadt Maintal im August 2019 mit dem Stadtverordnetenbeschluss „Grundsatzentscheidung über die Förderung von Schulkindbetreuungsangeboten an ganztägig arbeitenden Grundschulen“ die Initiative ergriffen, um die Grundschulen für den „Pakt für den Nachmittag“ und somit für eine bedarfsgerechte Schulkindbetreuung zu motivieren.

Neben sechs Grundschulen gibt es eine Haupt- und Realschule, eine integrierte Gesamtschule sowie ein Gymnasium. Eine Schule mit Förderschwerpunkt geistige Entwicklung und einer Abteilung körperliche und motorische Entwicklung ist zwar in Maintal angesiedelt, seit 2019 jedoch nur noch für Kinder aus Hanau zuständig. Maintaler Kinder mit diesem Förderbedarf werden nun im benachbarten Bruchköbel beschult. In 2021 wurden schließlich die bestehenden Sprachheilklassen nach Nidderau verlegt. Im sonderpädagogischen Bereich ist in Maintal damit nur noch eine Beschulung im Bereich des Erziehungshilfebedarfes möglich.

¹ Daten Einwohnermeldeamt, Stand 30.06.2020

² Daten Regionalverband 2018

In allen Stadtteilen gibt es Offene Kinder- und Jugendarbeit. Die beiden Kinder- und Jugendzentren in Dörnigheim und Bischofsheim befinden sich in städtischer Trägerschaft. Zusätzlich bezuschusst die Stadt ein weiteres Jugendzentrum in Dörnigheim sowie in Hochstadt und Wachenbuchen, die von den dortigen evangelischen Kirchen betrieben werden. Darüber hinaus gibt es ein von der Stadt finanziertes selbstverwaltetes Jugendprojekt, die Skaterhalle „Railway“, sowie eine „Kinder- und Jugendfarm“. Eine Gruppe Jugendlicher hat sich mit fachlicher und finanzieller Unterstützung der Stadt im Stadtteil Hochstadt zwei Container zu einem Jugendtreffpunkt ausgebaut, der in Selbstverwaltung seit 2015 existiert. Ein weiterer Treffpunkt dieser Art entsteht aktuell in Wachenbuchen. Zu den Freizeitangeboten für Kinder und Jugendliche gehören last not least ein vielfältiges Vereinsleben, 18 Spielplätze sowie zehn Bolzplätze.

Die Stadt Maintal ist als kreisangehörige Kommune im Main-Kinzig-Kreis selbst weder Schul- noch Jugendhilfeträger. Unterschiedliche Beratungs- und Unterstützungsangebote für Kinder, Jugendliche und Familien aus dem Bereich der Jugendhilfe sind daher häufig im benachbarten Hanau zu finden. Maintal finanziert jedoch zusätzlich Beratungsangebote vor Ort im Bereich Aufsuchende Suchtberatung / Suchtprävention, Jugend- und Familienberatung und eine über den Kreis organisierte Schulsozialarbeit. Verschiedene Beratungs- und Unterstützungsangebote, die vor allem Familien in schwierigen sozioökonomischen Lebenslagen in den Blick nehmen, werden darüber hinaus in den drei Familienzentren offeriert.

Vorrang des Kindeswohls

Artikel 3 [Wohl des Kindes]

(1) Bei allen Maßnahmen, die Kinder betreffen, gleichviel ob sie von öffentlichen oder privaten Einrichtungen der sozialen Fürsorge, Gerichten, Verwaltungsbehörden oder Gesetzgebungsorganen getroffen werden, ist das Wohl des Kindes ein Gesichtspunkt, der vorrangig zu berücksichtigen ist.

(2) Die Vertragsstaaten verpflichten sich, dem Kind unter Berücksichtigung der Rechte und Pflichten seiner Eltern, seines Vormunds oder anderer für das Kind gesetzlich verantwortlicher Personen den Schutz und die Fürsorge zu gewährleisten, die zu seinem Wohlergehen notwendig sind; zu diesem Zweck treffen sie alle geeigneten Gesetzgebungs- und Verwaltungsmaßnahmen.

(3) Die Vertragsstaaten stellen sicher, dass die für die Fürsorge für das Kind oder dessen Schutz verantwortlichen Institutionen, Dienste und Einrichtungen den von den zuständigen Behörden festgelegten Normen entsprechen, insbesondere im Bereich der Sicherheit und der Gesundheit sowie hinsichtlich der Zahl und der fachlichen Eignung des Personals und des Bestehens einer ausreichenden Aufsicht.

Das Themenfeld Vorrang des Kindeswohls bezieht sich auf Art. 3 der UN-KRK: Alle Maßnahmen, die Kinder berühren, geschehen im Sinne der „best interests of the child“, d.h., bei Entscheidungen wird der Aspekt Kindeswohl vorrangig berücksichtigt. Gemeint ist ein Kindeswohlbegriff, der nicht nur durch die Abwehr seiner Gefährdung bestimmt wird, sondern durch die Schaffung von positiven Lebensbedingungen durch die Umsetzung des Kinderrechts auf Bildung, auf Freizeit und auf Gesundheit in einer gesunden Umwelt.

Die Stadt Maintal hat hier einiges vorzuweisen:

Der Bereich Kindertagesbetreuung genießt in Maintal seit vielen Jahren einen hohen Stellenwert und ist qualitativ sowohl im Bereich der Kindertagesstätten als auch in der Kindertagespflege fachlich gut aufgestellt. Vielfältige bedarfsgerechte Beratungs- und Unterstützungsangebote für Kinder, Jugendliche und ihre Familien, eine in allen Stadtteilen entweder städtisch betriebene oder städtisch finanzierte Offene Kinder- und Jugendarbeit sowie das Angebot an Spiel- und Freizeitflächen für Kinder und Jugendliche bilden die wesentliche Grundlage der sozialen Infrastruktur Maintals für diese Generation.

Eine Reihe von Konzepten sichert und entwickelt die Qualität der pädagogischen Angebote: Qualitätsstandards gültig für alle städtischen Kitas, ein die Gesundheit in den Fokus stellendes Präventionskonzept, Leitlinien für den Bereich Sprache und Inklusion, ein kommunales Kinder- und Jugendpolitisches Konzept und Konzepte bzw. Leitlinien zum Schutz vor Kindeswohlgefährdung in allen pädagogischen Einrichtungen sind hier als Beispiele zu nennen.

Die Stadt Maintal ist eine von vier hessischen Modellkommunen für das Sicherheitskonzept KOMPASS, hat flächendeckend Leon-Hilfe-Inseln etabliert und finanziert anteilig die über den Main-Kinzig-Kreis organisierte Schulsozialarbeit. Im Bereich der Gewaltprävention finden seit Jahren Kooperationsprojekte zwischen Schule und städtischer Jugendarbeit statt. Die Stadt finanziert eine halbe Stelle Suchtprävention, die mit ihrem Programm in den Schulen aktiv ist.

Im Auswertungsbericht zur Bestandsaufnahme hebt der Verein Kinderfreundliche Kommunen e.V. folgende Beispiele positiv hervor:

- vorbildliche Leitlinien zur Inklusion, zur Bildung und zur Jugendarbeit mit geschlechtsspezifischen Inhalten
- ein Kinder- und Jugendpolitisches Konzept
- ein kommunales Präventionskonzept
- umfangreiche Unterstützung geflüchteter Kinder und ihrer Familien
- städtische Unterstützung von Jugendlichen beim Übergang Schule – Ausbildung/Beruf
- vielfältige Spiel- u. Freizeitangebote für alle Altersgruppen
- ein unter Beteiligung von Kindern in 2020 erarbeiteter Spielflächenentwicklungsplan



Insgesamt hat die Auswertung der Bestandsaufnahme in diesem Themenfeld 57 von 113 Punkten ergeben, was einem Wert von 50 % entspricht.

Verbesserungsmöglichkeiten werden im Verwaltungshandeln gesehen, in dem die Kinderrechte bislang nur zum Teil umgesetzt sind. Die UN-Kinderrechtskonvention bildet noch keine Grundlage für städtische Beschlüsse, Satzungen oder Leitlinien. Schulungen innerhalb der Belegschaft sollten den Bekanntheitsgrad der Kinderrechte erhöhen und die Entwicklung von Verfahren zur Vorrangprüfung des Kindeswohls werden empfohlen.

Kinder- und jugendrelevante Sicherheitsthemen – sowohl im öffentlichen Raum und Straßenverkehr als auch in den Einrichtungen für Geflüchtete – sollten überprüft und in den Blick genommen werden.

Bei der Weiterentwicklung von Spiel- und Freizeitflächen wird angeregt, diese barrierefrei unter inklusiven Gesichtspunkten vorzunehmen. In der Befragung wurden die Kinder gebeten, verschiedenen Bereichen ihres täglichen Lebensumfeldes Schulnoten zu geben. Die schlechtesten Noten haben die Kinder den Spiel- und Bolzplätzen (Note 2,7), den Möglichkeiten mitzubestimmen (Note 3,0) und der Sauberkeit auf den Spiel- und Bolzplätzen (Note 3,2) gegeben:

Auszug aus der Kinderbefragung:

Welche Noten gibst du...	Note
... den Möglichkeiten, gesund zu leben?	1,7
... deinem Zimmer?	1,9
... den Fußwegen?	2,2
... deinem Wohnort?	2,2
... dem Schutz vor Gewalt?	2,4
... dem Grün und der Natur in deinem Wohnort?	2,5
... deiner Schule?	2,5
... den Fahrradwegen?	2,6
... den öffentlichen Verkehrsmitteln (Bus, Bahn)?	2,6
... den Freizeitangeboten?	2,6
... der Sauberkeit in deinem Wohnort?	2,6
... den Spiel- und Bolzplätzen?	2,7
... den Möglichkeiten, mitzubestimmen?	3,0
... der Sauberkeit der Spiel- und Bolzplätze?	3,2
Notendurchschnitt	2,5

Kinderfreundliche Rahmenbedingungen

Im Themenbereich Kinderfreundliche Rahmenbedingungen geht es um Strukturen der Interessensvertretung für Kinder und Jugendliche, aber auch um Strukturen, die die Interessensvertretung von Kindern und Jugendlichen gewährleisten und somit ein Bindeglied zwischen ihnen und Verwaltung, Politik und Öffentlichkeit herstellen.

Positiv hervorgehoben werden im Auswertungsbericht folgende Strukturen:

- Beirat kinderfreundliches Maintal
- ehrenamtliche Kinderbeauftragte
- ausreichende Mittel zum Unterhalt der Kitas und von Spiel- und Freizeitangeboten
- kostenreduzierte Freizeitangebote für Kinder aus Familien mit geringem Einkommen (über den Maintalpass)
- die aktive Mitarbeit Maintals in mehreren, teils selbst initiierten Netzwerken für Kinder und Jugendliche

Verbesserungsmöglichkeiten werden vor allem verwaltungsintern gesehen:

Ein ressortübergreifendes Verfahren zur Prüfung, ob Kinderrechte im jeweiligen Prozess berührt sind und Regelungen über die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen und/oder deren Interessensvertretung sind wichtige Schritte zu kinderfreundlichen Rahmenbedingungen.

In diesem Zusammenhang sind regelmäßige verwaltungsinterne Abstimmungsroutinen erforderlich. Bereits erfolgt ist die Bildung einer Steuerungsgruppe, die an der Erstellung des Aktionsplans mitgewirkt hat und dessen Umsetzung begleiten wird. In ihr sind alle vom Thema Kinderrechte berührten Fachdienste vertreten.

Der Aufbau eines Kinder- und Jugendbüros wird als wesentlicher Schritt sowohl vom Verein Kinderfreundliche Kommunen e.V. als auch von immerhin 47 % der Kinder in der Befragung gesehen. Ein Kinder- und Jugendbüro ist eine Anlaufstelle, in der Kinder und Jugendliche ihre Wünsche und Projektideen unmittelbar der Verwaltung mitteilen können. Damit einher geht die Schaffung systematischer Strukturen der Interessensvertretung für Kinder und Jugendliche sowie die Organisation regelmäßiger Mitbestimmungsformate. Hier stellen hauptamtliche Kinder- und Jugendbüros eine Erweiterung der Interessensvertretung durch ehrenamtliche Kinderbeauftragte dar, eine Position, die in Maintal vorhanden aber aktuell leider (noch) nicht besetzt ist.

Die Bestandsaufnahme hat im Themenfeld „Kinderfreundliche Rahmenbedingungen“ 24 von 44 Punkten (55 %) ergeben.

Beteiligung und Partizipation von Kindern und Jugendlichen

Artikel 12 [Berücksichtigung des Kindeswillens]

(1) Die Vertragsstaaten sichern dem Kind, das fähig ist, sich eine eigene Meinung zu bilden, das Recht zu, diese Meinung in allen das Kind berührenden Angelegenheiten frei zu äußern, und berücksichtigen die Meinung des Kindes angemessen und entsprechend seinem Alter und seiner Reife.

(2) Zu diesem Zweck wird dem Kind insbesondere Gelegenheit gegeben, in allen das Kind berührenden Gerichts- oder Verwaltungsverfahren entweder unmittelbar oder durch einen Vertreter oder eine geeignete Stelle im Einklang mit den innerstaatlichen Verfahrensvorschriften gehört zu werden.

Die Information und Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in den sie betreffenden Angelegenheiten ist ein grundlegendes Kinderrecht, welches in den letzten Jahren zunehmend mehr Eingang in Gesetze gefunden hat, aber trotzdem in der Praxis oft noch nicht ausreichend umgesetzt ist. Nicht zuletzt mit der Aufnahme der UN-Kinderrechtskonvention in die Hessische Landesverfassung ist jedoch ein implizierter Handlungsauftrag an Kommunen ergangen, Kinder und Jugendliche sowohl regelmäßig als auch systematisch zu beteiligen.

In Maintal wurden in den letzten Jahren einige Partizipationsverfahren durchgeführt: So wurde beispielsweise das Kinder- und Jugendpolitische Konzept unter Mitwirkung der Klassensprecher*innen aller fünften bis zehnten Klassen der Maintaler Schulen verabschiedet, aktuell wurde der Spielflächenentwicklungsplan unter Mitwirkung von Kindern erarbeitet. Es gab städtisch initiierte Beteiligungsprojekte z. B. zur Weiterentwicklung einzelner Spielplätze und es wurden eine Reihe von Initiativen von Jugendlichen unterstützt (z. B. Außentreffpunkte, der Bau einer Dirt-Bike-Strecke, die Einrichtung der von Jugendlichen und jungen Erwachsenen getragenen Skaterhalle „Railway“).



Innenansicht der Skaterhalle „Railway“

Auf der Haben-Seite ist ebenfalls zu vermerken, dass im städtischen Haushalt jährlich Mittel für Beteiligungsprojekte zur Verfügung stehen. Viermal jährlich stattfindende Dialogformate der Bürgermeisterin in den Kinder- und Jugendhäusern bieten eine unmittelbare Möglichkeit für Kinder und Jugendliche, Ideen und Wünsche im persönlichen Austausch anzumelden. Und last not least gibt es eine städtische Kita, die sich das Thema Kinderrechte zum Schwerpunkt gemacht hat und regelmäßig und systematisch Kinder in Entscheidungsprozesse einbezieht.

Im Sinne einer Kinderfreundlichen Kommune soll das Themenfeld Beteiligung weiter vorangebracht werden. Sowohl auf der Ebene der Ziele und Strukturen als auch durch die Anwendung ganz konkreter Instrumente besteht ein großes Verbesserungspotential. So gibt es eine Reihe von Vorhaben der Fachabteilungen und Empfehlungen aus dem Auswertungsbericht, die hier beispielhaft zu nennen sind:

- Entwicklung von Leitlinien oder eines Konzepts zur Partizipation mit Qualitätsstandards und verbindlichen Regelungen zur Beteiligung inklusive der Beteiligungsformen
- Entwicklung eines Prüfverfahrens zur Betroffenheit
- Schulung von Fachkräften zur Kinder- u. Jugendbeteiligung
- Schulung von Kindern und Jugendlichen zum Thema Beteiligung
- Partizipation in Kinder- u. Jugendeinrichtungen konzeptionell verankern
- Entwicklung von Beteiligungsstrukturen/ -gremien
- Offene u. niederschwellige Beteiligungsformen entwickeln und häufiger einsetzen

In der Kinderbefragung wurde die Frage gestellt, wie oft Kinder in Familie, Schule und ihrem Wohnort mitbestimmen können. Während innerfamiliär die Kinder zu 79 % der Meinung waren, oft oder immer mitbestimmen zu können, drehte sich das Verhältnis für Schule und Wohnort: 71 % der Kinder gaben an, in der Schule selten oder nie mitbestimmen zu dürfen, für den Wohnort stieg diese Zahl auf 86 %. Dem Faktor Mitbestimmung gaben die Kinder mit einer 3 die zweitschlechteste Note.

Im Themenfeld „Beteiligung/Partizipation von Kindern und Jugendlichen“ erreichte die Stadt Maintal in der Auswertung hier 25 von 61 Punkten (41 %).

Recht auf Information und Monitoring

Um die Kinderrechte umsetzen zu können, müssen sie bei Kindern und Jugendlichen, in der Öffentlichkeit, in Politik und Verwaltung bekannt sein. In diesem Schwerpunkt geht es daher sowohl um die Information über die UN-Kinderrechtskonvention, es geht aber auch um das Informationsrecht von Kindern und Jugendlichen im Sinne des Art. 13. Um ihre Rechte wahrnehmen zu können, müssen Informationen altersgerecht zur Verfügung stehen. Wichtig und hilfreich sind auch Lernmöglichkeiten über die Umsetzung der Kinderrechte – dies nicht nur bei Kindern und Jugendlichen selbst, sondern auch in Familien, Schulen, pädagogischen Einrichtungen und Verwaltung. Das Berichtswesen im Rahmen der Umsetzung des Aktionsplans Kinderfreundliche Kommune stellt eine Gelegenheit dar, die Situation von Kindern und Jugendlichen in den Blickpunkt zu rücken.





Maintaler Kinderrechte-Pfad

Foto: Stadt Maintal

Die Stadt Maintal nutzt mehrere Formate, um über die Kinderrechte zu informieren:

So steht der jährlich mit einem großen Fest gefeierte Weltkindertag immer unter dem offiziellen, von UNICEF Deutschland und dem Deutschen Kinderhilfswerk veröffentlichten Motto. Schon im Vorfeld findet dazu eine öffentlichkeitswirksame, oft mehrwöchige Aktion z. B. in Form einer Ausstellung oder Kampagne statt.

Ein Kinderwegweiser gibt in Form einer Broschüre und digital auf der städtischen Homepage Auskunft über alle Angebote und Einrichtungen für Kinder bis 14 Jahre. Online abrufbar ist er auf www.maintal.de/kinderwegweiser.

Auf dem Rathausvorplatz steht seit einigen Jahren der erste Kinderrechte-Pfad im Main-Kinzig-Kreis, eine Arbeit, die von Kitas und Schulen anlässlich des Weltkindertages 2015 geschaffen wurde.

Über Einrichtungen für Kinder und Jugendliche sowie über Beratungsstellen und -angebote wird von den Institutionen selbst und über die städtische Homepage informiert.

Über Einrichtungen für Kinder und Jugendliche sowie über Beratungsstellen und -angebote wird von den Institutionen selbst und über die städtische Homepage informiert.

In der Befragung gaben 62 % der Kinder an, die Kinderrechte zu kennen. Die Empfehlung im Auswertungsbericht, den Bekanntheitsgrad zu verbessern ist sowohl durch Aktionen oder Veranstaltungen als auch durch den Einsatz unterschiedlicher Medien noch gut möglich. Schulen und Kitas werden hierbei als wertvolle Bündnispartnerinnen gesehen.

Die Befragung der Kinder hat ergeben, dass sich die meisten über Freunde, Familien und das Internet über Angebote informieren, ein Drittel der Kinder wünscht sich dabei mehr Informationen. Die Empfehlung, Kinder und Jugendliche selbst in die Entwicklung von Informationsmedien einzubeziehen und ihre Bedarfe bei ihnen selbst regelmäßig zu erfragen, zeigt Verbesserungspotential auf. Auch ein Info-Paket für neu zugezogene Kinder und Jugendliche als Teil einer Willkommenskultur ist im Sinne der altersspezifischen Information ein erfolgversprechender Ansatz.

Die Stadt Maintal hat in im Themenfeld „Recht auf Information und Monitoring“ 12 von 28 Punkten (39 %) erreicht.



Lesende Mädchen im Hort Berliner Straße

Foto: Stadt Maintal, Heidrun Barnikol-Veit

ZIELE UND MASSNAHMEN

Der Aktionsplan besteht aus vier Leitzielen, die die vier Schwerpunktthemen des Programms aufgreifen. Diese Leitziele werden über die Handlungsziele konkretisiert, die dazu gehörigen Ausführungen und Maßnahmen stellen den roten Faden des Vorhabens Kinderfreundliche Kommune in den nächsten drei Jahren dar.

Der Aktionsplan ist ein dynamisches Vorhaben und entwickelt sich nicht zuletzt durch seine Umsetzung weiter.

Vorrang des Kindeswohls

Leitziel 1:

Als kinder- und jugendfreundliche Kommune setzt die Stadt Maintal die Kinderrechte aktiv um und räumt dem Vorrang des Kindeswohls einen zentralen Stellenwert im Verwaltungshandeln ein.

Handlungsziel 1:

Die Umsetzung der Kinderrechte, die Beachtung des Kindeswohls und die ständige Weiterentwicklung kinderfreundlicher Strukturen werden von allen Fachbereichen und Fraktionen berücksichtigt.

Maintal versteht sich seit vielen Jahren als kinderfreundliche Stadt, kinder- und jugendpolitische Themen haben traditionell in der Stadtpolitik einen hohen Stellenwert. Bereits in den 1990er Jahren wurde ein Grundsatzpapier „Leitbild kinder- und familienfreundliche Stadt Maintal“ in einem breit angelegten Beteiligungsprozess entwickelt, 2012 entstand in einer Arbeitsgruppe aus Vertreter*innen der Fraktionen, der Verwaltung und von Kindern und Jugendlichen selbst das Kinder- und Jugendpolitischen Konzept der Stadt. Mit der Verabschiedung des vorliegenden Aktionsplans wird diese Tradition fortgesetzt und es erfolgt damit ein Bekenntnis der Stadt Maintal zur Umsetzung der UN-Konvention der Rechte des Kindes.

Der Fachdienst Kinder- und Familienfreundliche Kommune und das Kinder- und Jugendbüro steuern und begleiten den Prozess, sind aber nicht für die Umsetzung aller Maßnahmen verantwortlich.

Maßnahme 1:	Der Aktionsplan Kinderfreundliche Kommune wird umgesetzt und fortgeschrieben.
Federführung:	Fachdienst Kinder- und Familienfreundliche Kommune, Kinder- und Jugendbüro
Beteiligte:	Politik, Magistrat, Verwaltung
Zeitraumen:	2021-2024 (Dauer des Aktionsplans)
Finanzierung:	je 4.000 Euro für die Jahre 2021 und 2022, 2.000 Euro für das Jahr 2023 als Beitrag an den Verein Kinderfreundliche Kommunen e.V. über das Budget 40502 <i>Kinderfreundliches Maintal</i>

Handlungsziel 2:

Die Verwaltung der Stadt Maintal setzt sich regelmäßig mit den Kinderrechten auseinander.

Zusätzlich zu einer Vielzahl von extern angebotenen und genutzten Fortbildungen werden in der Verwaltung der Stadt Maintal regelmäßig in unterschiedlichen Formaten interne Maßnahmen angeboten. Formate, wie die jährlichen Führungskonferenzen, Treffen des Azubi-Projektes, Fachdienstleitungsrunden oder andere sollen in Absprache mit dem Bereich Personalentwicklung genutzt werden, um die Kinderrechte und ihre Umsetzung in Verwaltungshandeln bekannt zu machen.

Maßnahme 1:	Die Kommune bietet jährlich eine Fortbildung für Mitarbeiter*innen der Verwaltung zu den Kinderrechten und ihren Umsetzungsmöglichkeiten in der Verwaltung an.
Federführung:	Kinder- und Jugendbüro
Beteiligte:	Personalentwicklung
Zeitraumen:	2022-2024
Finanzierung:	jährlich 700 Euro über das Budget <i>10104 Personal und Organisation</i>

Handlungsziel 3:

Maintal bietet vielfältige und sichere Orte für Kinder und Jugendliche im öffentlichen Raum.

Mit diesem Handlungsziel wird die Weiterentwicklung der Aufenthaltsqualität von Kindern und Jugendlichen im öffentlichen Raum angesprochen. 2019/2020 wurde ein Spielflächenentwicklungsplan unter Beteiligung von Kindern erarbeitet und von der Stadtverordnetenversammlung verabschiedet. Er bewertet und priorisiert Entwicklungsempfehlungen für die derzeit 18 städtischen Spiel- und zehn Bolzplätze und zeigt eine zeitliche Perspektive von zehn bis zwölf Jahren auf.

Spielflächen, Spiel- und Aufenthaltsorte von Kindern und Jugendlichen sollen – so die Festlegung des Spielflächenentwicklungsplans - mit ihrer Beteiligung betrachtet und schrittweise weiterentwickelt werden. Die Beteiligungsformate werden je nach Maßnahme und Nutzungsgruppen des jeweiligen Spielplatzes festgelegt. Es geht darum, den öffentlichen Raum für Kinder und Jugendliche attraktiv, anregungsreich und sicher zu gestalten. Prinzipien von Inklusion und Gendergerechtigkeit sind dabei ebenfalls wesentliche zu beachtende Gesichtspunkte.

In der Befragung wurden die neun- bis dreizehnjährigen Kinder gebeten anzugeben, wie oft sie in der letzten Zeit draußen gespielt haben. Nur knapp die Hälfte der Kinder (48 %) gab „fast jeden Tag“ an, 28 % der Kinder antworteten mit nur noch „fast jede Woche“, 12 % spielten nur noch „fast jeden Monat“ und 9 % „nie“ draußen. Die Zeit, die Kinder mit „Draußenspiel“ verbringen, nimmt immer mehr ab – mit den bekannten negativen Folgen für die Entwicklung von Kindern wie z. B. Bewegungsarmut, Übergewicht und sinkende Konzentrationsfähigkeit. Wie wichtig „Draußenspiel“ – auch ohne pädagogische Einwirkung von Erwachsenen – ist, ist in der Fachliteratur hinlänglich bekannt:

Draußen zu spielen geht nicht ohne Bewegung. Damit fördert es die motorischen Fähigkeiten von Kindern und ein positives Körpergefühl. Beides wiederum hat einen unmittelbaren Einfluss auf die Konzentrationsfähigkeit und sogar auf die Entwicklung von kognitiven Fähigkeiten insgesamt. Kinder, die viel draußen sind, lernen deutlich mehr Selbstständigkeit, sind mit Naturerfahrungen und -materialien konfrontiert, die ihre Problemlösefähigkeiten anregen. Auch soziales Lernen findet im Spiel draußen ohne die Beaufsichtigung von Erwachsenen ganz anders statt und wirkt positiv auf die Persönlichkeitsentwicklung.



Mädchen im Hort Berliner Straße
Foto: Stadt Maintal, Heidrun Barnikol-Veit

Ziel einer kinderfreundlichen Kommune muss daher die Förderung des Spielens draußen generell sein, sowohl durch die Aufenthaltsqualität im Stadtraum, als auch z.B. durch Maßnahmen und Kampagnen, die für das Spielen draußen werben.

Maintal nimmt teil am Projekt „Wachstum und nachhaltige Erneuerung“, einem Bund-Länder-Programm der Städtebauförderung, welches im unter Bürgerbeteiligung konzipiert wurde und aus mehreren Teilprojekten besteht. Eines dieser Teilprojekte ist die Einrichtung eines Mehrgenerationenspielplatzes am Dörnigheimer Mainufer, das der federführende Fachdienst Stadtentwicklung in Zusammenarbeit mit dem Fachdienst Kinder- und Familienfreundliche Kommune durchführt.

Die Sauberkeit der Spiel- und Bolzplätze wurde im Rahmen der Kinderbefragung mit der Note 3,2 am schlechtesten von allen abgefragten Punkten bewertet. Um dem entgegenzuwirken, soll das bereits bestehende Interaktive Anregungs- und Ereignismanagement (AEM) der Stadt Maintal besser bekannt gemacht werden. Trotz der regelmäßigen Kontrollen auf den Spiel- und Bolzplätzen durch die Mitarbeiter*innen des Betriebshofs können aktuell nicht alle Mängel und Verschmutzungen direkt erfasst werden. Dabei ist die Stadt auf die Mithilfe der Nutzer*innen angewiesen. Auf allen Spiel- und Bolzplätzen werden daher Hinweise auf das AEM angebracht, die mit einem QR-Code versehen sind, über den man direkt auf der Plattform landet. Durch die schnelle Meldung der Mängel können diese umgehend an den Eigenbetrieb zur direkten Bearbeitung weitergeleitet werden. Um das AEM bei den Nutzer*innen noch bekannter zu machen, sollen gezielte Kampagnen auf den Spiel- und Bolzplätzen durchgeführt werden.

Maßnahme 1:	Der Spielflächenentwicklungsplan wird unter Beteiligung von Kindern und Jugendlichen umgesetzt
Federführung:	Fachdienst Kinder- und Familienfreundliche Kommune
Beteiligte:	Kinder und Jugendliche
Zeitraumen:	Ab 2021 langfristig (10 bis 12 Jahre)
Finanzierung:	laut Haushaltsplan im Budget <i>40202 Bereitstellung u. Betrieb von Spielplätzen</i>

Maßnahme 2:	Am Dörnigheimer Mainufer wird ein Mehrgenerationenspielplatz errichtet.
Federführung:	Fachdienst Stadtentwicklung, Fachdienst Kinder- und Familienfreundliche Kommune
Beteiligte:	Kinder, Jugendliche und erwachsene Bürger*innen
Zeitraumen:	2021-2022
Finanzierung:	laut Haushaltsplan rund 200.000 Euro über das Budget <i>61801 Projekt Wachstum und nachhaltige Erneuerung</i>

Maßnahme 3:	Die Kommune aktualisiert und überprüft die vorhandenen Leon Hilfe-Inseln und aktualisiert das Informationsmaterial.
Federführung:	Kinder- und Jugendbüro
Beteiligte:	Kitas, Schulen, Einrichtungen und Geschäfte, Beirat kinderfreundliche Stadt Maintal, Kinderbeauftragte*r
Zeitraumen:	2022-2023
Finanzierung:	enthalten im Budget <i>40502 Kinderfreundliches Maintal</i>

Maßnahme 4:	Die Kommune identifiziert gemeinsam mit Kindern und Jugendlichen Angsträume, um diese kinderfreundlich zu gestalten
Federführung:	Kinder- und Jugendbüro
Beteiligte:	Fachdienst Jugendarbeit, Beirat kinderfreundliche Stadt Maintal, Präventionsbeauftragte*r
Zeitraumen:	Ab 2022
Finanzierung:	enthalten im Budget <i>40502 Kinderfreundliches Maintal</i>

Maßnahme 5:	Auf den Spiel- und Bolzplätzen werden Hinweise auf das Interaktive Anregungs- und Ereignismanagement angebracht, um noch schneller auf mögliche Verunreinigungen reagieren zu können. Durch gezielte Aktionen auf den Spielplätzen soll die Plattform zusätzlich beworben werden.
Federführung:	Fachdienst
Beteiligte:	Kitas, Schulen, Einrichtungen und Geschäfte, Beirat kinderfreundliche Stadt Maintal, Kinderbeauftragte*r
Zeitraumen:	2022
Finanzierung:	enthalten im Budget <i>40502 Kinderfreundliches Maintal</i>

Handlungsziel 4:

Städtische Angebote zur Freizeitgestaltung von Kindern und Jugendlichen werden bedarfsgerecht weiterentwickelt.

Offene Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) richtet sich prinzipiell an alle Kinder und Jugendlichen. Zum Auftrag gehört allerdings gezielt auch die Arbeit mit Heranwachsenden aus benachteiligten Gruppen. Um allen Kindern und Jugendlichen einen Zugang zu den Angeboten der OKJA zu ermöglichen, müssen die Angebote niedrigschwellig und immer aufs Neue am Bedarf der Zielgruppe orientiert sein. Zusätzlich sollen Zugänge für Kinder und Jugendliche eröffnet werden, die bislang nicht zu den Besucher*innengruppen gehören.

Vor diesem Hintergrund wurden beispielsweise in 2015/2016 besondere Angebote für geflüchtete Kinder und Jugendliche in den städtischen Jugendzentren installiert. Es versteht sich von selbst, dass solche besonderen Gruppenangebote immer das Ziel der gesellschaftlichen Teilhabe aller haben. In diesem Sinne sind die folgenden Maßnahmen zu verstehen.

In den Jugendzentren gibt es geschlechtsspezifische Angebote für Mädchen und Jungen. Was fehlt, sind Angebote für Kinder und Jugendliche, deren geschlechtliche Identität und sexuelle Orientierung marginalisiert werden. Um einen ersten Schritt in Richtung queere Jugendarbeit zu gehen, soll gemeinsam mit dem KUSS 41 (einem queeren Jugendzentrum in Frankfurt) sowie dem Verein Queer-Hanau e.V. eine Bedarfsanalyse unter LSBTTIQ³-Jugendlichen in Maintal durchgeführt werden, um deren Wünsche und Bedarfe zu erfragen. Die weiteren Schritte hängen vom Ergebnis dieser Befragung ab.

Auch Kinder und Jugendliche mit Beeinträchtigung finden oft nur schwer einen Zugang zu Angeboten der OKJA. In diesem Bereich besteht ebenso Verbesserungsbedarf. Hier gilt es gleichermaßen, einen Weg zur Zielgruppe zu finden und deren Wünsche und Bedarfe zu erfassen. Ein erster Schritt hierbei ist die Schulung des pädagogischen Personals in den Maintaler Jugendzentren. Für die städtischen Mitarbeiter*innen wird ein Workshop zum Thema Inklusion angeboten, der zusätzlich für die Pädagog*innen der evangelischen Jugendzentren geöffnet wird.

Generell brauchen Jugendliche Freiräume, um sich von ihren Eltern abzusetzen, sich mit Freund*innen zu treffen und gemeinsam Neues auszuprobieren. Neben den betreuten Jugendzentren wurde der Wunsch nach Außentreffpunkten laut, an denen sich Jugendliche auch einmal ohne pädagogische Betreuung treffen können und an denen sie nicht mit Lärmbeschwerden durch Anwohner*innen rechnen müssen. Daraus entstand die Idee, mit dem Aufstellen von Überseecontainern Orte für die Jugend zu schaffen, die grundsätzlich mit der Beteiligung von Jugendlichen in allen Stadtteilen entstehen sollen. Das Projekt in Hochstadt ist weitgehend abgeschlossen, in Wachenbuchen ist mit dem Festplatz ebenfalls ein Ort gefunden worden. Somit bleiben noch Dörnigheim und Bischofsheim offen. Hier sollen gemeinsam mit interessierten Jugendlichen Standort und Form des Treffpunkts erarbeitet werden. Beworben werden die Projekte über die Jugendzentren vor Ort.



Regenbogenfahnen bei einer Kundgebung

Foto: Unsplash, Tristan B.

³ Die Abkürzung LSBTTIQ steht für lesbisch, schwul, bisexuell, transsexuell, transgender, intersexuell und queer

Maßnahme 1:	Die Kommune befragt LSBTTIQ-Jugendliche zu ihren Wünschen und Bedarfen
Federführung:	Fachdienst Jugendarbeit
Beteiligte:	Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte, KUSS41, Queer Hanau e.V.
Zeitraumen:	2022-2023
Finanzierung:	Keine gesonderten Kosten für die Abfrage, spätere Schritte werden über das Budget <i>40101 Jugendarbeit</i> finanziert.

Maßnahme 2:	Die Mitarbeiter*innen der Maintaler Jugendzentren sind geschult zum Thema Inklusion
Federführung:	Fachdienst Jugendarbeit
Beteiligte:	Städtische Jugendzentren, Evangelische Jugendzentren
Zeitraumen:	2022
Finanzierung:	ca. 700 Euro finanziert über das Budget <i>40201 Einrichtungen der Jugendarbeit</i>

Maßnahme 3:	Die Stadt Maintal unterstützt bei Bedarf Jugendliche bei der Erstellung von Außenreffpunkten in allen Stadtteilen.
Federführung:	Fachdienst Jugendarbeit
Beteiligte:	Fachdienst Kinder- und Familienfreundliche Kommune
Zeitraumen:	abhängig von Interessensgruppen
Finanzierung:	15.000 Euro pro Jahr über das Budget <i>40202 Bereitstellung und Betrieb von Spielplätzen</i>

Handlungsziel 5:

In den Unterkünften für Geflüchtete werden die Bedarfe von Kindern und Jugendlichen besonders berücksichtigt.



Besuch der Bundesfamilienministerin:

Somaye Rasouli, Ahmed Saleh Ahmed, Abdulrahim Seid Makana, Ramin Ahmadi, Katarina Barley, Maria Safisade, Basil Mousa und Christine Mayer-Simon (v.l.n.r.),

Foto: Deutsches Kinder- und Jugendinstitut, T.Imo

Die gute Versorgung von geflüchteten Familien mit ihren Kindern hat in Maintal einen hohen Stellenwert. Die Stadtverwaltung arbeitet dabei seit 2015 eng mit dem ehrenamtlichen Arbeitskreis Asyl zusammen, mit der Bildung des Fachdienstes Asyl wurden zudem neue sozialpädagogische Stellen zur Betreuung der Asylsuchenden geschaffen.

Für Kinder und Jugendliche wurden verschiedene Maßnahmen eingerichtet, wie z. B. Betreuungsmöglichkeiten in Kindertagesstätten und -horten, zusätzliche (inklusive) Angebote in den städtischen Jugendzentren oder eine besondere Förderung der Kinder zur Teilnahme an den Sommerferienspielen. Im Rahmen des Bundesprogrammes „Willkommen bei Freunden“ wurde

zudem auf die besondere Situation der Ausbildung und des Berufseinstiegs von Jugendlichen und jungen Erwachsenen sowie auf das Bildungsthema Sprache geschaut.

Bislang wurde aber noch nicht abgefragt, wie die Kinder und Jugendlichen in den Gemeinschaftsunterkünften selbst ihre Situation wahrnehmen und welche Bedarfe sie haben. Deshalb wird eine Befragung mit Kindern ab dem Grundschulalter in den städtisch angegliederten Gemeinschaftsunterkünften zu ihrer Lebenssituation und ihren Freizeitinteressen durchgeführt. Die Befragung soll als erste Bestandsaufnahme nützlich sein und für zukünftige Neuerungen in den Gemeinschaftsunterkünften dienen.

Maßnahme 1:	Die Kommune führt eine Befragung von geflüchteten Kindern ab de Grundschulalter zu ihrer Lebenssituation und Freizeitinteressen in den städtisch angegliederten Gemeinschaftsunterkünften durch.
Federführung:	Kinder- und Jugendbüro
Beteiligte:	Fachdienst Asyl
Zeitraumen:	2022
Finanzierung:	enthalten im Budget <i>40502 Kinderfreundliches Maintal</i>

Maßnahme 2:	Die Kommune setzt die Mindeststandards für den Schutz Geflüchteter in den Gemeinschaftseinrichtungen um.
Federführung:	Fachdienst Asyl
Beteiligte:	Kinder- und Jugendbüro bei Bedarf
Zeitraumen:	2022
Finanzierung:	enthalten im Budget <i>50601 Sonderbudget Leistungen gemäß Asylbewerberleistungsgesetz</i>

Handlungsziel 6:

Die Stadt Maintal konzipiert und initiiert Projekte, Trainings und Fortbildungen zu den Kinderrechten für verschiedene Zielgruppen.

Mit diesem Handlungsziel sind zum einen Fortbildungsangebote gemeint, die über die UN-Kinderrechtskonvention informieren und unterschiedliche Zielgruppen ansprechen (z.B. Schulen, Kitas, Verwaltung, pädagogische Fachkräfte etc.). Angesprochen sind zum anderen aber auch Bildungsangebote und Aktionen, die einzelne Kinderrechte betreffen, wie z.B. das Recht auf gewaltfreie Erziehung, das Recht auf Information (z.B. durch Medienkompetenz), das Recht auf Bildung u.v.m. Zu den Aufgaben des Kinder- und Jugendbüros wird gehören, sowohl selbst als auch in Kooperation mit Netzwerkpartner*innen entsprechende Angebote zu entwickeln.

Maßnahme 1:	Das Kinder- und Jugendbüro konzipiert zielgruppenspezifische Bildungsformate zum Thema Kinderrechte
Federführung:	Kinder- und Jugendbüro
Beteiligte:	Variiert je nach Angebot
Zeitraumen:	2022-2024
Finanzierung:	enthalten im Budget <i>40502 Kinderfreundliches Maintal</i>

Kinderfreundliche Rahmenbedingungen

Leitziel 2:

Kinderfreundliche Rahmenbedingungen sind in den Verwaltungsstrukturen verankert.

Handlungsziel 7:

Die Stadt Maintal informiert und tauscht sich auf Kooperations- und Netzwerktreffen über die kommunale Umsetzung der Kinderrechte aus.

Die Stadt Maintal ist in unterschiedlichen sowohl regionalen als auch überregionalen Arbeitskreisen vertreten, die sich mit den Kinderrechten auseinandersetzen. Innerhalb Maintals sind dies der Arbeitskreis Jugend, in dem sich alle außerschulischen Institutionen, die mit Jugendlichen arbeiten, viermal im Jahr treffen, sowie der Runde Tisch Bischofsheim, zu dem alle in Bischofsheim tätigen Sozialen Einrichtungen eingeladen sind. Auf Kreisebene kommen der Mädchen* Arbeitskreis sowie die Fachkonferenz Jugend hinzu – ein Gremium bestehend aus allen Jugendpfleger*innen im Main Kinzig Kreis. Hessenweit ist Maintal in den Landesarbeitsgemeinschaften Kinder- und Jugendbeteiligung, Freie Kinderarbeit und Mädchen*Politik aktiv. Auf Bundesebene wird die Kooperation durch das Netzwerk der Kinderfreundlichen Kommunen und die Mitarbeit in der Bundesarbeitsgemeinschaft Offene Kinder- und Jugendarbeit ergänzt.

Die Vernetzung und der Austausch innerhalb dieser unterschiedlichen Gremien hat einen hohen Stellenwert für die Kinderrechte-Arbeit. Neben dem Kennenlernen anderer Arbeitsweisen und best practice Beispielen kommt es gerade auf regionaler Ebene immer wieder zu Kooperationsprojekten.

Maßnahme 1:	Die Netzwerkarbeit im Bereich Kinderrechte wird weiterhin gefördert und ausgebaut.
Federführung:	Je nach Thema Kinder- und Jugendbüro oder Fachdienst Jugendarbeit
Beteiligte:	Nach Bedarf
Zeitrahmen:	fortlaufend
Finanzierung:	enthalten in den Budgets <i>40101 Jugendarbeit</i> , <i>40201 Einrichtungen der Jugendarbeit</i> und <i>40502 Kinderfreundliches Maintal</i> .

Handlungsziel 8:

In der Verwaltung der Stadt Maintal sind verbindliche Verfahren zur Umsetzung der Vorrangigkeit des Kindeswohls und des Rechts auf Beteiligung implementiert.

Die Basis für die Inanspruchnahme vieler Kinderrechte ist in Art. 12 der UN-KRK festgeschrieben: Es ist das Recht des Kindes auf eine angemessene und seinem Alter und seiner Reife entsprechenden Berücksichtigung seiner Meinung in allen das Kind berührenden Angelegenheiten. Dieses Recht ist von zentraler Bedeutung für eine Kinderfreundliche Kommune.

Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen braucht verbindliche Qualitätsstandards und Regelungen. Zu den Grundlagen einer Kinderfreundlichen Kommune gehört daher ein verbindliches

Konzept bzw. kommunale Leitlinien mit klaren Zuständigkeiten für Partizipations-verfahren in der Verwaltung. Auch braucht es ein Prüfverfahren für Entscheidungen, wann Kinderinteressen betroffen sind und wann und in welchem Umfang eine Beteiligung erfolgen soll. Dies betrifft u. a. Themen wie Spiel- und Freiflächenplanung, die Planung von Wohngebieten, Rad- und Fußwegeplanung oder die Planung von Einrichtungen für Kinder und Jugendliche. In den meisten Fällen, in denen Bürgerbeteiligung ein Thema ist, ist die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ebenso zu prüfen bzw. zu berücksichtigen. Hierzu bedarf es dann in der Umsetzung Abstimmungsroutinen der Fachbereiche und Fachdienste, in der - beispielsweise in Verbindung mit der Haushaltsplanung - eine „Partizipations-Jahresplanung“ erstellt wird.

Die im Zuge der Umsetzung des Handlungsziels 8 geschaffenen Regelungen und Verfahren sind schließlich in das Kinder- und Jugendpolitische Konzept zu integrieren. Die Überarbeitung dieses Konzepts unter Beteiligung der Zielgruppe steht daher am Ende dieses Prozesses.

Maßnahme 1:	Die Kommune etabliert bereichsübergreifend verbindliche Regelungen für Beteiligungsverfahren für Kinder und Jugendliche in den sie betreffenden Angelegenheiten
Federführung:	Kinder- und Jugendbüro
Beteiligte:	Steuerungsgruppe, Dezernenten
Zeitraumen:	2022-2024
Finanzierung:	für externe Begleitung ca. 1.400 Euro über das Budget <i>40502 Kinderfreundliches Maintal</i>

Maßnahme 2:	Innerhalb der Verwaltung wird ein fachdienstübergreifendes Verfahren zur Prüfung der Berührung von Kinderinteressen entwickelt.
Federführung:	Kinder- und Jugendbüro
Beteiligte:	Steuerungsgruppe, Dezernenten
Zeitraumen:	2022-2023
Finanzierung:	für externe Begleitung ca. 700 Euro über das Produkt <i>40502 Kinderfreundliches Maintal</i>

Maßnahme 3:	Das Kinder- und Jugendpolitische Konzept wird überarbeitet.
Federführung:	Fachdienst Kinder- und Familienfreundliche Kommune
Beteiligte:	Fachdienst Jugendarbeit, Kinder und Jugendliche
Zeitraumen:	2024
Finanzierung:	5.000 Euro über das Budget <i>40101 Jugendarbeit</i>

Handlungsziel 9:

Zur Umsetzung der UN-KRK ist ein Kinder- und Jugendbüro eingerichtet.

Ein zentrales Merkmal einer kinderfreundlichen Kommune sind Partizipationsstrukturen, die es Kindern und Jugendlichen ermöglichen, in den sie betreffenden Angelegenheiten mitzubestimmen. Gleichzeitig brauchen sie aber auch Vertretungen, die für ihre Interessen innerhalb der Verwaltung, der Politik und der Öffentlichkeit eintreten. Maintal hat diesbezüglich bereits einen Beirat kinderfreundliches Maintal sowie die – wenn auch derzeit vakante – Stelle einer* eines ehrenamtlichen Kinderbeauftragten. Mit dem Kinder- und Jugendbüro kommt jetzt eine eigene Anlaufstelle für Kinder und Jugendliche innerhalb der Verwaltung als Interessensvertretung hinzu. Zu den Aufgaben des Kinder- und Jugendbüros gehören u.a. die Bekanntmachung der Kinderrechte sowie Aktionen zu ihrer Umsetzung, die Initiierung und Durchführung von Beteiligungsprozessen sowie die Umsetzung des Aktionsplans (vgl. 4.4). Das Kinder- und Jugendbüro unterstützt die Arbeit der*des ehrenamtlichen Kinderbeauftragten und schafft bzw. unterstützt kinder- und jugendorientierte Netzwerke. Das Kinder- und Jugendbüro ist mit einer sozialpädagogischen Vollzeitstelle ausgestattet und im Rathaus verortet.



Maßnahme 1:	Die Stadt Maintal richtet im Rathaus ein Kinder- und Jugendbüro als Interessensvertretung, Anlauf- und Beratungsstelle ein.
Federführung:	Fachdienst Kinder- und Familienfreundliche Kommune
Beteiligte:	-
Zeitraumen:	2021
Finanzierung:	enthalten im Budget 40502 <i>Kinderfreundliches Maintal</i>

Beteiligung und Partizipation von Kindern und Jugendlichen

Leitziel 3:

Die Stadt Maintal fördert die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in den sie betreffenden Angelegenheiten und Belangen und bei der Mitgestaltung ihres Umfeldes und der Gesellschaft.

Handlungsziel 10:

Die Stadt Maintal fördert die strukturelle Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der Stadtgesellschaft.

In einer Kinderfreundlichen Kommune muss die Partizipation von Kindern und Jugendlichen strukturell verankert und kontinuierlich gesichert werden. Projektbezogene Beteiligungen sind ein wichtiger Bestandteil von Partizipationsstrukturen, aber lassen Kontinuität oft vermissen. In welchen Gremien sollten Heranwachsende unmittelbar vertreten sein und wie und in welcher Form kann die Installation eines eigenen Kinder- und Jugendgremiums gelingen? In welche Richtung

hier die Entwicklung in Maintal gehen soll, kann an dieser Stelle noch nicht abschließend beantwortet werden, da auch hierfür die direkte Beteiligung von Kindern und Jugendlichen unabdingbar ist. Maßnahme 1 stellt jedoch einen ersten Schritt hinsichtlich eines Kinder- und Jugendgremiums oder -forums dar, für den die Schul- und Klassensprecher*innen angesprochen und eingebunden werden sollen. Im ersten Schritt geplant ist eine jährliche Veranstaltung mit allen Klassensprecher*innen, die unabhängig vom schulischen Setting alle Maintaler Kinder und Jugendlichen erreichen können.



Maßnahme 1:	Die Kommune veranstaltet ein jährliches Treffen mit den Klassensprecher*innen der Maintaler Schulen mit dem Ziel der Information, Beteiligung und Bedarfsermittlung.
Federführung:	Fachdienst Jugendarbeit, Kinder- und Jugendbüro
Beteiligte:	Schulen, Schul- und Klassensprecher*innen, Bürgermeister*in
Zeitraumen:	jährlich
Finanzierung:	enthalten im Budget <i>40101 Jugendarbeit</i>

Handlungsziel 11:

In allen städtischen Einrichtungen für Kinder und Jugendliche sind Partizipationsstrukturen fest etabliert.

Das Thema Partizipation ist in den pädagogischen Konzeptionen und im Alltag der Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit zwar kein neues Thema, aber sehr unterschiedlich ausgeprägt. Auch das Verständnis über das Ausmaß an Mitbestimmungsmöglichkeiten ist recht heterogen. Ziel der folgenden Maßnahmen ist es, die Partizipation von Kindern und Jugendlichen in den Einrichtungen weiterzuentwickeln.

Maßnahme 1:	Die Kommune erarbeitet einen Leitfaden als Hilfestellung, um die Partizipation in den Konzeptionen der Kitas und Jugendzentren zu etablieren.
Federführung:	Kinder- und Jugendbüro
Beteiligte:	-
Zeitraumen:	2022
Finanzierung:	enthalten im Budget <i>40502 Kinderfreundliches Maintal</i>

Maßnahme 2:	Die Kinder- und Jugendeinrichtungen in Maintal überarbeiten anhand des Leitfadens ihre Konzeptionen hinsichtlich der Verankerung des Rechts auf Beteiligung
Federführung:	Fachdienst Jugendarbeit, Fachdienst Kindertagesbetreuung
Beteiligte:	Kinder- und Jugendbüro
Zeitraumen:	bis 2024
Finanzierung:	enthalten in den Budgets <i>40201 Einrichtungen der Jugendarbeit</i> und <i>40401 Förderung von Kindern in Kindertagesstätten</i>

Handlungsziel 12:

Die Stadt Maintal fördert die Umsetzung des Kinderrechts auf Beteiligung als einen wichtigen Aspekt der Demokratiebildung.

Kinder- und Jugendbeteiligung ist nicht nur Teil einer demokratischen Gesellschaft, sondern auch wichtig für die Zukunft der Demokratie. Die Erfahrung, gehört zu werden und die Wirkung der eigenen Beteiligung zu erleben, sind wichtige Elemente des Demokratie-Lernens. Damit Kinder und Jugendliche ihr Recht auf Beteiligung wahrnehmen können, braucht es Gelegenheiten zum Ausprobieren und Erwachsene, die für die Thematik sensibilisiert sind.

Eine besondere Chance im Bereich der Demokratiebildung besteht darin, Projekte zu veranstalten, in denen Heranwachsende und kommunalpolitisch Tätige gemeinsam agieren. So können Kinder und Jugendliche Politik vor Ort kennen- und verstehen lernen und ihr direktes Umfeld mitgestalten. Hier haben bereits mehrere gesiegelte Kinderfreundliche Kommunen Erfahrungen gemacht, die als best practice Beispiele dienen können.

Maßnahme 1:	Die Kommune bietet zum Thema „Demokratie und Mitbestimmung“ mindestens einmal jährlich Fortbildungsangebote für pädagogisches Personal aus Kitas, Jugendzentren und Schulen, sowie für Vertreter*innen von Vereinen an.
Federführung:	Fachdienst Maintal Aktiv - Freiwilligenagentur
Beteiligte:	Fachdienst Kinder- und Familienfreundliche Kommune
Zeitraumen:	ab 2022 fortlaufend
Finanzierung:	500 Euro pro Jahr über das Budget <i>61102 Maintal Aktiv</i>

Maßnahme 2:	Die Kommune fördert das politische Verständnis und Interesse von Jugendlichen durch ein gezieltes Projekt, das Jugendliche und Kommunalpolitik zusammenführt.
Federführung:	Kinder- und Jugendbüro
Beteiligte:	je nach Projekt z.B. Schulen, Kinder- und Jugendzentren, Fraktionen
Zeitraumen:	2023-2024
Finanzierung:	enthalten im Budget <i>40502 Kinderfreundliches Maintal</i>

Recht auf Information und Monitoring

Leitziel 4:

Die Stadt Maintal macht die UN-Konvention über die Rechte des Kindes in Maintal bekannt und informiert kinder- und jugendgerecht über Angebote und kommunale Angelegenheiten, die junge Menschen betreffen.

Handlungsziel 13:

Informationen über die Angebote und Möglichkeiten von Kindern und Jugendlichen werden zielgruppengerecht und aktuell zur Verfügung gestellt.

Damit Kinder und Jugendliche ihre Rechte wahrnehmen können, müssen altersentsprechende und themenspezifische Informationen zur Verfügung stehen. Dies bezieht sich sowohl auf die UN-Kinderrechtskonvention als Ganzes als auch auf Angebote und Einrichtungen für Heranwachsende sowie auf familienunterstützende Angebote.

Bereits erfolgt ist die Überarbeitung der Kinder- und Jugendinhalte auf der städtischen Homepage, die zielgruppenspezifisch angepasst wurden.

Als kontinuierliche Aufgabe anzusehen ist die Aktualisierung des Kinderwegweisers.

Mit diesem Handlungsziel verbunden ist die Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen in die Frage, welche Informationsmedien sie selbst wünschen und nutzen und wie diese gestaltet werden können.

Maßnahme 1:	Der Kinderwegweiser ist fortlaufend aktualisiert und digital veröffentlicht.
Federführung:	Kinder- und Jugendbüro
Beteiligte:	nach Bedarf
Zeitraumen:	fortlaufend
Finanzierung:	über das Budget <i>40502 Kinderfreundliches Maintal</i>

Maßnahme 2:	Über zielgruppenspezifische Informationskanäle werden Kinder und Jugendliche über Veranstaltungen, Ereignisse und aktuelle Themen in Maintal informiert.
Federführung:	Kinder- und Jugendbüro
Beteiligte:	Fachdienst Jugendarbeit, Pressestelle
Zeitraumen:	fortlaufend
Finanzierung:	über das Budget <i>40502 Kinderfreundliches Maintal</i>

Maßnahme 3:	Die Kommune erstellt eine Übersicht über Hilfs- und Beratungsangebote, die digital über die Homepage der Stadt abrufbar ist und fortlaufend aktualisiert wird.
Federführung:	Kinder- und Jugendbüro
Beteiligte:	-
Zeitraumen:	fortlaufend
Finanzierung:	enthalten im Budget <i>40502 Kinderfreundliches Maintal</i>

Maßnahme 4:	Die Kommune stellt ein Zuzugspaket für Kinder und Jugendliche zur Verfügung, welches den Kinderwegweiser und die UN-Kinderrechtskonvention erhält und bei Neuanmeldung über den Stadtladen verteilt wird.
Federführung:	Kinder- und Jugendbüro
Beteiligte:	Fachdienst Stadtladen
Zeitraumen:	ab 2022
Finanzierung:	über das Budget <i>40502 Kinderfreundliches Maintal</i>

**Handlungsziel 14:
Die UN-Kinderrechte sind in Maintal bekannt.**

Die Bekanntmachung der Kinderrechte durch Aktionen, Kampagnen, Veranstaltungen sowie durch Medien und Informationsmaterial ist eine wichtige Aufgabe einer Kinderfreundlichen Stadt.

Das Vorhaben Kinderfreundliche Kommune wird durch ein Berichtswesen begleitet, das die Umsetzung der Kinderrechte in Maintal transparent macht.

Maßnahme 1:	Ein über die städtischen Büchereien und das Kinder- und Jugendbüro ausleihbares Medienpaket unterstützt pädagogisch tätige Einrichtungen wie Kitas, Schulen oder Jugendhäuser in der Bekanntmachung der Kinderrechte
Federführung:	Kinder- und Jugendbüro
Beteiligte:	Fachdienst Büchereien
Zeitraumen:	ab 2022
Finanzierung:	über die Budgets <i>40502 Kinderfreundliches Maintal</i> und <i>30201 Büchereien</i>

Maßnahme 2:	Die Kommune feiert jährlich den Weltkindertag als Kinderfest und nutzt diesen zur Bekanntmachung der UN-Kinderrechte
Federführung:	Kinder- und Jugendbüro
Beteiligte:	Fachdienst Jugendarbeit, Kitas, Initiativen
Zeitraumen:	jährlich
Finanzierung:	enthalten im Budget <i>40502 Kinderfreundliches Maintal</i>



Beteiligungsworkshop zur Spielplatz-Neugestaltung 2019
Fotos: Stadt Maintal, Heidrun Barnikol-Veit

Steuerungsgruppe

Zu Beginn der Teilnahme am Programm „Kinderfreundliche Kommunen“ wurde eine Steuerungsgruppe gebildet, in der alle Fachbereiche bzw. für das Vorhaben relevante Fachdienste der Stadtverwaltung vertreten sind. In einem gemeinsamen Workshop zum Thema „Kinderrechte in der Verwaltung“, der über den Verein Kinderfreundliche Kommunen e.V. im Dezember 2019 veranstaltet wurde, geschah eine Einführung in die Thematik und eine erste Sammlung von Ideen für den Aktionsplan.

Die Steuerungsgruppe wird das Programm während seiner gesamten Laufzeit begleiten und hat eine Multiplikator*innenfunktion hinsichtlich der Umsetzung des Aktionsplans in die einzelnen Fachbereiche und Fachdienste.

In der Steuerungsgruppe vertreten sind:

	Fachbereich (FB), Fachdienst (FD), Aufgabenbereich	Name
I.1	Stabsstelle Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte	Annika Frohböse
I.2	Stabsstelle Integrationsbeauftragte	Verena Strub
10.1	Pressestelle/Öffentlichkeitsarbeit	Martina Faust
32.1	FD Ordnungsbehörde, Leitung Straßenverkehrsbehörde	Heike Riedl
32.3	Leitung Fachdienst Stadtpolizei und Wahlen, Präventionsbeauftragter	Frank Meisinger
40	Leitung FB Kinderbetreuung	Sigrid Nölke
41	Leitung FB Jugend, Bildung, Kultur, Vereine,	Heidrun Barnikol-Veit
41.1	FD Kinder- und Familienfreundliche Kommune, Kinder- und Jugendbüro	Sara Eckerlin
41.1	FD Kinder- und Familienfreundliche Kommune, Spielplätze	Markus Herrmann
41.2	Leitung Fachdienst Jugendarbeit	Lisa Hagedorn
41.4	Leitung Fachdienst Büchereien	Nadine Marnette
50.1	FD Soziale Dienste, Bürgerschaftliche Beauftragte	Stefanie Parczyk
50.3	Leitung Fachdienst Asyl	Thorsten Buld
61.1	Leitung Fachdienst Stadtentwicklung und Stadtplanung	Jörg Wuff
61.5	Fachdienst Maintal-Aktiv - Freiwilligenagentur	Katharina Kächelein

Beirat Kinderfreundliches Maintal

Der Beirat Kinderfreundliches Maintal vertritt die Interessen von Kindern und Jugendlichen in Maintal bei Planungs- und Entscheidungsprozessen, sowie anderen grundsätzlichen Angelegenheiten, die Kinder und Jugendliche betreffen. Er setzt sich für die Verwirklichung der UN-Kinderrechtskonvention ein. Er arbeitet auf Basis von Richtlinien, die online unter www.maintal.de/beirat_kinderfreundliches_maintal abgerufen werden können.

Ein Anliegen des Beirates ist es, dass sich die öffentlichen Träger der Kinder- und Jugendhilfe miteinander vernetzen und gemeinsame Initiativen auf den Weg bringen mit dem Ziel, Maintal als kinder- und familienfreundliche Kommune weiterzuentwickeln.

Der Beirat beschäftigt sich mit Themen der Kinder- und Jugendhilfeplanung, beispielsweise mit Fragen der Kinderbetreuung, der Spielplätze oder dem Aktionsplan Kinderfreundliche Kommune. Er hat die Aufgabe, den Magistrat in Angelegenheiten der Kinder- und Jugendhilfeplanung mit fachlichen Stellungnahmen, Anträgen sowie eigenen Beschlüssen zu unterstützen.

Der Beirat, dessen Vorsitz die*der für die Kinder- und Jugendarbeit zuständige Dezernent*in innehat, besteht aus Vertretungen der Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung, der*dem Kinderbeauftragten sowie Vertretungen aus den Bereichen der Kinder- und Jugendarbeit:

- Ausländerbeirat
- Einrichtungen der offenen Jugendarbeit aller Träger
- Kindertageseinrichtungen in freier Trägerschaft
- Kindertageseinrichtungen in städtischer Trägerschaft
- Kulturvereine
- Maintaler Grundschulen
- Maintaler weiterführende Schulen
- Servicestelle Kindertagespflege Maintal
- Sportvereine
- Stadtelternbeirat
- sowie bis zu drei Bürger*innen mit Erfahrung in der Kinder- und/oder Familienarbeit

Die Mitglieder des Beirates werden vom Magistrat für die Dauer einer Wahlperiode (analog der Wahlperiode der Stadtverordnetenversammlung) benannt. Sie müssen mindestens das 18. Lebensjahr vollendet haben.

Kinderbeauftragte*r

Maintal hat seit vielen Jahren die Position eines*einer ehrenamtlichen Kinderbeauftragten, die*der vom Magistrat auf Empfehlung des Ausschusses für Soziales, Jugend, Sport und Kultur für jeweils fünf Jahre bestellt wird. Grundlage der Tätigkeit ist die UN-Kinderrechtskonvention. Die*Der Kinderbeauftragte vertritt überparteilich und parteiunabhängig die Interessen und Anliegen von Kindern und Jugendlichen im Wohnort gegenüber der Öffentlichkeit, der Verwaltung und den politisch Verantwortlichen. Sie*Er ist das Bindeglied zwischen Kindern und der Stadtgesellschaft und soll helfen, die Lebenslagen von jungen Menschen zu verbessern und die Umsetzung der Kinderrechte auf lokaler Ebene zu unterstützen. Die*Der Kinderbeauftragte ist Mitglied des Beirats Kinderfreundliches Maintal und kooperiert eng mit dem Fachdienst Kinder- und Familienfreundliche Kommune. Ebenso wie das Kinderbüro ist die*der Kinderbeauftragte Ansprechpartner*in für Kinder und Jugendliche in Maintal und soll deren direkte Beteiligung in den Stadtteilen fördern. Im Unterschied zum Kinderbüro ist die*der Kinderbeauftragte jedoch nicht Teil der Verwaltung, sondern unabhängig mit einer eigenständigen Öffentlichkeitsarbeit. Die*der Kinderbeauftragte ist darüber hinaus mit Rederecht in den politischen Gremien vertreten, in denen für Kinder und Jugendliche relevante Entscheidungen getroffen werden.

Kinder- und Jugendbüro

Das Ziel des Kinder- und Jugendbüros ist die Förderung der Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention innerhalb der Stadtverwaltung. Dazu gehört die Initiierung verbindlicher Regelungen sowie eines Prüfverfahrens innerhalb der Verwaltung, damit Kinderrechte und das Kindeswohl bei allen städtischen Projekten berücksichtigt werden.

Das Kinder- und Jugendbüro ist als Interessenvertretung für Kinder und Jugendliche innerhalb der Stadtverwaltung im Maintaler Rathaus angesiedelt. Dort fungiert es als feste Anlaufstelle für die Belange sowie Beschwerden von Kindern und Jugendlichen. Die Beratung bzw. die Vermittlung von hilfsbedürftigen Kindern, Jugendlichen oder Eltern an Beratungsstellen gehört ebenfalls zu den Aufgaben.

Die Durchführung, sowie die Weiterentwicklung des Aktionsplans Kinderfreundliche Kommune liegen federführend in der Hand des Kinder- und Jugendbüros, wodurch sich automatisch weitere Aufgaben ergeben:

- Innerhalb der Stadtverwaltung berät und unterstützt das Kinder- und Jugendbüro die Fachabteilungen zur Durchführung von Partizipationsprojekten und führt selbst Beteiligungsprozesse zu unterschiedlichen Themen durch.
- Im Bereich der städtischen Kindertagesstätten und Jugendzentren berät das Kinder- und Jugendbüro zur Partizipation in den Einrichtungen und initiiert Projekte, Fortbildungen und Aktionen zu den Kinderrechten sowohl für pädagogische Fachkräfte als auch für Vertreter*innen von Vereinen.
- Neben der Beteiligung an Planung, Organisation und Durchführung des jährlich stattfindenden Weltkindertags entwickelt das Kinder- und Jugendbüro zusätzliche medienwirksame Kampagnen, um die Kinderrechte innerhalb der Stadt Maintal bekannter zu machen. Auch die Unterstützung der Arbeit der*des ehrenamtlichen Kinderbeauftragten spielt dabei eine wichtige Rolle.
- Die Vernetzung und aktive Mitarbeit des Kinder- und Jugendbüros sowohl in städtischen als auch in regionalen und überregionalen Arbeitskreisen zum Thema Kinderrechte spielt ebenfalls eine wichtige Rolle, um die Kinderfreundlichkeit weiter voran zu treiben.

Finanzierung der genannten Maßnahmen

Die Finanzierung der im Aktionsplan genannten Maßnahmen erfolgt i.d.R. über das Sonderbudget Kinder, Familie und Jugend (Produkt 40101 (Jugendarbeit), Produkt 40202 (Bereitstellung und Betrieb von Spielplätzen) und Produkt 40502 (Kinder- und familienfreundliches Maintal) bereit. Wenn andere Budgets angesprochen werden, so ist dies unter Kosten der Maßnahme ausgewiesen.

Der Haushalt der Stadt Maintal ist unter www.maintal.de/haushaltsplan öffentlich einsehbar.

